



Völlig inakzeptabel

„Machen wir unsere Demokratie kaputt?“ ist der Titel einer sehenswerten ARD-Dokumentation, die gestern Abend ausgestrahlt wurde und in der Mediathek abrufbar ist.

<https://www.ardmediathek.de/video/machen-wir-unsere-demokratie-kaputt/machen-wir-unsere-demokratie-kaputt/ard/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RILm-RIL21hY2hlbi13aXItYW5zZXJL-WRlBw9rcmF0aWUta2FwdXR0LzIwMjQtMDgtMjZfMjAtM-TUuTUVTWg>

Die Antworten von einigen Bürgern, die in dieser Dokumentation zu Wort kommen, sind absolut inakzeptabel. Wie kann man der Ansicht sein, dass Deutschland keine Demokratie sei? Nur 52 Prozent sind mit unserer Demokratie zufrieden, 54 im Westen und 41 im Osten. Gerade im Osten müsste man sich doch gut daran erinnern können, was eine Diktatur ist, und was diese von der Demokratie unterscheidet. Hier eine nicht vollständige Auswahl:

	Demokratie	Diktatur
Freies und geheimes Wahlrecht	Ja	Nein
Freie Meinungsäußerung	Ja	Nein
Unabhängige Medien	Ja	Nein
Unabhängige Justiz	Ja	Nein
Freie Wahl des Bildungswesens	Ja	Nein
Aufenthaltsbestimmungsrecht	Ja	Nein
Freies Reisen	Ja	Nein
Restriktionsfreie Religionsausübung	Ja	Nein

Die Corona-Pandemie wird immer wieder als Zeitenwende bezeichnet, wo die Demokratie zur Diktatur wurde. Richtig ist, dass sehr viele Fehler gemacht wurden und der Staat in einer Überreaktion seines Schutzauftrages für die Bürger über das Ziel hinausgeschossen ist. Aber vielleicht macht sich von den Kritikern mal jemand die Mühe, sich mit den Maßnahmen in Diktaturen zu beschäftigen. Da wurden die Pandemie-Maßnahmen restriktiv durchgesetzt, vorbei an den ohnehin nicht vorhandenen Bürgerrechten. Im Gegensatz zu Diktaturen werden bei uns die staatlichen Eingriffe untersucht und bewertet.

Viele Menschen fühlen sich nicht gehört, nicht ernst genommen und nicht mitgenommen. Demokratie ist eine aktive Staatsform, in die man sich nicht nur einbringen kann, sondern auch sollte. Diktatur ist der einfachste Weg, um durchs Leben zu kommen. Man hält den Mund, ist damit zufrieden, seinen Urlaub in vorgeschriebenen staatlichen Ferienanlagen zu ver-

bringen und legt keinen Wert auf Vielfalt im Warenangebot, der Kultur und Literatur. Es ist halt anstrengend, Bücher lesen zu können, die sich mit anderen Ansichten als der der Staatsführung beschäftigen. Eine Meinung vorgegeben zu bekommen, ist einfacher, als eine eigene Meinung entwickeln zu müssen.

Zwar sind nur 52 Prozent mit der Demokratie in Deutschland zufrieden, aber 87 Prozent halten sie für eine gute Regierungsform, sogar Anhänger der AfD (77%) und des BSW (75%) sehen das so.

In Deutschland gibt es eine so genannte „repräsentative Demokratie“. Deutschland hat eines der besten Wahlsysteme der Welt, wo sich im Parlament die prozentuale Verteilung der politischen Konzepte widerspiegelt. In einer Demokratie wird das umgesetzt, was die Mehrheit beschlossen hat. Wem das nicht passt, kann sich an die zahlreichen Gerichte in unserem Land wenden. Nicht selten hat die unabhängige Justiz Maßnahmen der Mehrheitsmeinung zugunsten von Minderheiten korrigiert. Wenn aber die Mehrheit der frei gewählten Abgeordneten etwas beschließt, was auch vor Gericht Bestand hat, dann muss der Bürger, der eine andere Meinung vertritt, sich damit abfinden. In einer Diktatur hat er überhaupt nicht die Möglichkeit, ein Gericht anrufen zu können. In einer Diktatur bekommt er vorgeschrieben, was für ihn gut zu sein hat. Basta.

Erinnern wir an unser Grundgesetz: In Artikel 21 heißt es: „(1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen.“ Das Grundgesetz gilt für alle in unserem Land und ist nicht verhandelbar, auch wenn es im Laufe der letzten 75 Jahre immer mal wieder verändert oder korrigiert wurde, was nur mit einer Zweidrittelmehrheit des Bundestages und Bundesrates möglich war.

Wer sich also einbringen will in unsere Demokratie, tut dies am besten über die Mitgliedschaft in einer Partei. Ja, es dauert lange, ehe man sich durch die berüchtigte „Ochsentour“ in eine Position gebracht hat, aus der heraus man mitentscheiden kann. Mitentscheiden kann man auch schon als „kleines“ Parteimitglied in den untersten Gremien, wo Anträge für Parteitage beschlossen werden. **Helmut Kohl** trat mit 16 Jahren in die CDU ein und war mit 39 Jahren Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz. 23 Jahre sind eine lange Zeit, in der er politisch nicht untätig war. **Klaus Wowereit** trat mit 19 Jahren in die SPD ein und wurde mit 31 Jahren Bezirksstadtrat in Tempelhof-Schöneberg, musste aber bis zu seinem 48sten



Lebensjahr warten, um Regierender Bürgermeister von Berlin zu werden. Aber auch er war zwischen durch politisch nicht untätig. Wer es will und wer Ausdauer hat, kann in diesem Lande politisch etwas bewegen.

Es kommt also ganz wesentlich auf die Parteien an, wobei durch Volksentscheide, die immer häufiger als Ersatz für parlamentarische Prozesse in Anspruch genommen werden, der „einfache“ Bürger etwas erreichen oder verhindern kann, wie zum Beispiel dringend benötigten Wohnraum.

In der ARD-Dokumentation wird angesprochen, dass in vielen ländlichen Gegenden gar keine Möglichkeit mehr besteht, mit Parteienvertretern ins Gespräch zu kommen, geschweige denn in eine Partei einzutreten. Das ist ein kaum zu lösendes Problem, weil in diesen Gegenden einfach zu wenig Menschen leben. Wenn es aber Rechtspopulisten gelingt, in den kleinsten Gemeinden ihre Parteifahne auf dem Marktplatz aufzustellen, dann fragt man sich, in welcher Ecke sich die Demokraten verstecken.

Die Gefahr, die von rechten Parteien ausgeht, deren Führer man Faschisten nennen darf, scheint vielen nicht klar zu sein. *„Nicht einmal fünf Monate liegen zwischen den letzten Wahlen der Weimarer Republik und ihrem endgültigen Niedergang. Am 6. November 1932 vereinen die Nationalsozialisten ein Drittel aller Wählerstimmen auf sich. Am 24. März 1933 verabschieden sie das Ermächtigungsgesetz – den endgültigen Sargnagel für die junge Demokratie.“*, heißt es in einem Beitrag, der am 22. August im **Tagesspiegel** erschien.

<https://www.tagesspiegel.de/wissen/wenn-die-afd-starkste-kraft-werden-wurde-zerfallt-das-demokratische-haus-12231509.html>

Natürlich ist die Bundesrepublik mit ihrer 75-jährigen Geschichte nicht vergleichbar mit der kurzlebigen Weimarer Republik, Sorgen machen muss man sich dennoch. Erinnern wir noch einmal an das Grundgesetz, Artikel 21:

„(2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.“ Das ist eindeutig. Eine rechtsextreme Partei wird aber, so widersinnig es klingen mag, durch unser Grundgesetz geschützt, denn ein Parteienverbot zu erwirken, ist fast unmöglich. In dem Tagesspiegel-Artikel können Sie nachlesen, wie

es der AfD, vielleicht sogar im Bündnis mit dem BSW, gelingen könnte, unsere Demokratie nach ihren Vorstellungen umzubauen. Ob damit dann die Wutbürger zufrieden wären, darf bezweifelt werden.

Schauen wir uns doch um, was in Ländern passiert, in denen die Rechten an die Macht gekommen sind. Zuerst knöpft man sich die Justiz und den öffentlichen Rundfunk vor. Weiter geht es bei Institutionen wie der Bundes- und den Landeszentralen für politische Bildung. Einen besonderen Augenmerk richten die Rechten auf die Kultur. In den Niederlanden will die neue rechtspopulistische Regierung zum Jahresende fünf Jugendorchestern die Mittel streichen. Die Freiheiten, die unser System garantiert, sollten wir nicht aufs Spiel setzen. Der Appell wird allerdings verhallen, was wir am Sonntag in Sachsen und Thüringen erleben werden.

Für die ARD-Dokumentation wurde die Frage gestellt, *„Was ist aktuell die größte Gefahr für die Demokratie in Deutschland?“*

Rechtsextremismus, Rechtspopulismus	30%
Falsche Politik, Abgehobenheit von Politikern	18%
Migration	9%
Kriege	5%
Populismus und Extremismus allgemein	5%
<small>Quelle: Infratest dimap</small>	

Populisten wie **Alice Weidel**, **Björn Höcke** und **Sahra Wagenknecht**, die man getrost in einem Zuge nennen darf, kann man nicht ausweichen. Der Wähler hat entschieden und diese Leute in ihre für die Demokratie gefährdenden Positionen gebracht. Die Auseinandersetzung mit ihnen im Bundestag ist anstrengend, aber möglich, weil die demokratische Mitte die Mehrheit bildet, wie im ganzen Land.

Was ist aber in den Kommunen los, wo Politik nicht im Elfenbeinturm des Plenarsaals, schön abgeschirmt, stattfindet, sondern direkt am Bürger? Ist es dort überhaupt möglich, die AfD zu ignorieren? In der Dokumentation sagt ein Bürgermeister, dass er mit den Vertretern der AfD natürlich zusammenarbeite, zum Wohle der Gemeinde, schließlich sei diese Partei nicht verboten. Tagtäglich finden auf der untersten Ebene der Politik in den Gemeinden Abstimmungen statt, wo sich die Vertreter der demokratischen Parteien, einschließlich der Unabhängigen, mit denen der AfD in der Annahme oder Ablehnung von Projekten einig sind. Wo eine Ampel hin muss, muss eine Ampel hin, was allein nicht deshalb abgelehnt werden kann, weil die AfD dafür ist.



Interessant ist, dass es immer mehr unabhängige, parteilose Bürgermeister und Landräte gibt. Gleich im Anschluss an die ARD-Dokumentation wurde „hart aber fair“ gesendet. Thema: Solingen. In der Sendung trat der jüngste Bürgermeister von Brandenburg auf, **Luca Piwodda** aus Gartz (Oder) auf.

<https://www.ardmediathek.de/video/hart-aber-fair/vor-den-wahlen-demokratie-in-gefahr/das-erste/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLXNvcGhvcmtEtNzJzDczZmUtYWVmMy00MWNiLT-gzMGQtODhlYjFhYzgzZTQy>



Foto: Luca Piwodda

Der 24-jährige Piwodda ist Mitglied der **Partei des Fortschritts PdF**. Ein Praktikum bei einem SPD-Abgeordneten hat ihn offenbar nicht überzeugt, den Sozialdemokraten beizutreten, sondern ist lieber eines von 302 Mitgliedern der 2020 in Köln gegründeten Kleinstpartei geworden, die wie ein Dateiformat klingt. „Wir haben keine Zeit für politische Tagträume“, sagt der junge Rathauschef und meint damit den Umgang mit der AfD in seiner Gemeinde im Nordosten der Uckermark, in der 1730 1.650 Menschen lebten und aktuell 2.452 gemeldet sind.

Die Stadtverordnetenversammlung besteht aus 16 Mitgliedern aus acht Parteien, darunter fünf unabhängige. Das kann man Vielfalt nennen. Der AfD-Verordnete repariert gerade auf eigene Kosten den Stadtbrunnen. „Das hat er auch schon gemacht, bevor er für die AfD kandidierte, da kann ich ihm doch jetzt nicht sagen: Du machst nicht mehr mit.“, erklärt der Bürgermeister bei „hart aber fair“ und beklagt den „Kontrollverlust der Parteien auf dem Land.“

Die Bürger wenden sich von den etablierten Parteien ab und gründen lieber ihre eigenen Bündnisse. Das ist doch gelebte Demokratie, oder nicht?

Zum Schluss noch einmal zum Thema Meinungsfreiheit. „Kann man in Deutschland seine Ansichten und Meinungen aussprechen, ohne dadurch ernsthafte

persönliche Nachteile zu haben?“ 59 Prozent sagen Ja, 37 Prozent Nein. Auch das ist völlig inakzeptabel und widerspricht der gelebten Praxis, vor allem in den so genannten „sozialen Medien“, in denen jeder jeden Blödsinn verbreiten kann. Wenn jemand jemanden beleidigt, verunglimpft oder bedroht, dann ist das durch die freie Meinungsäußerung natürlich nicht gedeckt, sondern strafbar. Das sollte man nicht verwechseln. Und wenn ich an die Wand des Betriebes, in dem ich arbeite, in großen Lettern schreibe, dass der Firmeninhaber ein Arschloch ist, muss ich mich nicht wundern, auf der Liste mit den Beförderungen und Gehaltserhöhungen nicht aufzutauchen.

Wenn andererseits zu sehen ist, was Gewerkschaftszeitungen im öffentlichen Dienst alles folgenlos über die Vorgesetzten in den Behörden ungesühnt schreiben dürfen, dann kann es nicht so schlimm sein mit den Nachteilen.

Fazit: Gibt es nicht. Die etablierten Parteien müssen sich anstrengen, nicht unterzugehen. Mehr kann man ihnen nicht raten. Die Ampel-Parteien in Sachsen und Thüringen stehen am Abgrund und könnten am Sonntag einen Schritt weiter sein.

Hilft Alkohol?

Ja, aber. Wobei sich schlechte Wahlergebnisse auch nicht schön saufen lassen. Am 6. September beginnt wieder die „heute-show“. Vorab haben sich **Fabian Köster** und **Lutz van der Horst** mit dem Thema Alkohol in einem „heute-show-spezial“ beschäftigt. Natürlich unter Mitwirkung des Lieblingsgastes **Karl Lauterbach**.

<https://www.zdf.de/comedy/heute-show/heute-show-spezial-vom-23-august-2024-100.html>



Höhepunkt der Sendung ist ihr Auftritt am „Ballermann“ mit dem neuen Sommerhit „Keinen im Tee.“ Verfügbar auf **youtube**.

Genießen wir die Demokratie, solange es sie noch gibt.

Ed Koch